

**Annoncen-
Bureau:**
In Boien
ausgegeben in der Expedition
bei Pruski (C. J. Meiri & Co.)
Breslaustr. 14;
in Gießen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr. 4;
in Gießen bei Herrn F. Strickland;
in Frankfurt a. M.:
C. J. Dauter & Co.

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Verkaufsstellen:
In Berlin, Hamburg,
München, St. Gallen,
Nürnberg, Regensburg,
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Gießen,
Wien u. Basel;
Ganswein & Pöhl;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Schlossplatz;
in Breslau: Emil Kebab.

Nr. 520.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postämter des deutschen
Reiches an.

Mittwoch, 29. Juli.
(Erscheint täglich drei Mal.)

Preis 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu richten und werden für die am folgenden
Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1874.

Amtliches.

Berlin, 28. Juli. Der Ober-Betriebs-Inspektor, Bau- und Betriebs-Inspektoren Kaedeker und Kinteln resp. zu Bromberg und Berlin sind zu Mitgliedern der Direktion der Ostbahn ernannt und zugleich mit den Funktionen des technischen Vizepräsidenten der an ihren bezüglichen Wohnorten befindlichen Eisenbahnkommission der Ostbahn betraut worden.

Telegraphische Nachrichten.

Kissingen, 28. Juli. Ueber das Befinden des Reichskanzlers Fürsten Bismarck ist heute folgendes Bulletin ausgegeben worden: Von den beiden Verletzungen im Handgelenk ist die dem Radius näher liegende bereits vollkommen, die durch Verbrennung komplizierte fast vollständig geschlossen; jedoch ist durch die statische Belastung des unteren Theiles des Radius dieser noch schwach und überhaupt im ganzen Arme noch eine die Funktion behindernde Schwäche und Taubheit vorhanden, auch kann der Arm nicht ohne Auftreten lästiger Empfindungen gehoben werden. Das Allgemeinbefinden ist dabei befriedigend und nimmt die Kur nunmehr ihren täglichen Fortgang. Dr. Oscar Dirufen.

Der Reichskanzler hat heute dem General v. d. Tann einen Besuch abgestattet. — Der bayerische Minister v. Freyschner ist heute wieder abgereist.

Saar, 28. Juli. Dem Vernehmen nach hat sich das Ministerium nunmehr folgendermaßen konstituiert: Heemskerck Inneres, Dörs de Willebois Auswärtiges, Lynden Justiz, Vanderheim Finanzen, van Goltstein Kolonien, Weigel Krieg, Belding Marine. Die Ministerliste wird dem Könige in den nächsten Tagen von Heemskerck vorgelegt werden.

Paris, 28. Juli. In dem anlässlich des Prozesses Bazaine gegen den Oberst Stoffel eingeleiteten Prozesse ist beschlossen worden, das Verfahren einzustellen. — Zu der morgenden Berathung der Auflösungsanträge Dubal's und Maleville's hat sich bereits eine große Anzahl von Rednern einschreiben lassen.

Verfaille, 28. Juli. Die Bureaux der Nationalversammlung haben heute eine Kommission zur Vorberathung der Frage der Vertagung der Versammlung gewählt. Die Kommission besteht aus 11 Mitgliedern der Rechten, welche sich für eine Vertagung bis Ende November aussprechen werden, und aus 4 Mitgliedern der Linken, welche nur eine kurze Unterbrechung der Sitzungen vorschlagen beabsichtigen. Der Schluss der Sitzungen dürfte, im Falle die Vertagung beschlossen wird, gegen den 6. August erfolgen.

London, 28. Juli. Der Ausschuss der Union der ländlichen Arbeiter hat gestern den Beschluss gefasst, nur denjenigen Arbeitern, welche sich zur Auswanderung entschließen, Unterstützungen zu Theil werden zu lassen, und die Arbeiter, welche nicht emigrieren wollen, einzig auf ihre eigenen Subsistenzmittel zu verweisen.

Newyork, 28. Juli. Weiteren Nachrichten zufolge ist auch die Umgebung von Pittsburg in einem Umkreise von 25 Meilen unter Wasser gesetzt; der hauptsächlichste Theil der Stadt blieb verschont, aber die Vorstädte sind gänzlich verwüstet. Am schwersten hat Alleghany gelitten, wo das Wasser 20 Fuß hoch stand und mehr als 200 Menschen im Wasser umkamen. Der Orkan hat auf seinem Wege auch noch Ohio und Kentucky heimgesucht und die Eisenbahnen, die Brücken und die Ernte schwer geschädigt.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 28. Juli. Die jüngst von einigen Blättern gebrachte Nachricht, daß der Kaiser seinen Aufenthalt in Gastein über den früheren Termin hinaus verlängern werde, ist nicht begründet. Es sind vielmehr die Dispositionen in der Weise getroffen, daß der Kaiser am 6. seine Kur beschließen und am folgenden Tage seine Rückkehr nach Berlin antreten wird. Ueber die weiteren Reisepläne, von denen in einigen Blättern die Rede ist, ist in amtlichen Kreisen nichts bekannt. Vor allem ist das Gerücht, als ob der Kaiser einen Besuch der Reichslande in Aussicht gestellt hat, als vorläufig zu bezeichnen. — Die Absendung einer Flottenabtheilung an die spanische Küste hat offenbar den Zweck, einmal nach Möglichkeit die Einschmuggelung von Waffen und Munition abzumitteln, und dann vor allen Dingen, soweit das im Bereich militärischer Streikräfte liegt, das Leben und Eigentum deutscher Reichsangehörigen in Spanien in wirksamen Schutz zu nehmen. Das Gerücht, welchem „Sal. Vörsenbl.“ Verbreitung giebt, daß nach Kiel und Wilhelmshaven zur Indienststellung von Kriegsschiffen Befehl ergangen sei, welche die Bestimmungen erhalten sollen, das bereits nach der spanischen Küste abgegangene Geschwader zu verstärken, ist nicht richtig. Die Entsendung des Geschwaders ist aber leicht begreiflich, da in der That Anordnungen zur Indienststellung von Schiffen ergangen sind, nicht aber um jenes Geschwader zu vervollständigen, sondern um an Stelle der ursprünglich zu dem Zweck bestimmten Flottenabtheilung die Fahrt zu unternehmen. Die Segelordrungen waren nämlich nicht mehr rechtzeitig an die vor Wight liegende Flottille gelangt und diese bereits vorher nach Kiel aufgebracht. Man hat aber auch davon abgesehen, ihr die Ordre per Expressdampfer nachzusenden, da man die betreffenden Schiffe nicht für ganz geeignet hält, die Expedition nach Spanien zu unternehmen. — Im Publikum und in der Presse zeigt sich eine gewisse Ungeduld in Betreff der Ergebnisse der jüngst hier vorgenommenen Haus suchungen bei den ultramontanen Agitatoren. Es ist jedoch begreiflich, daß sich diese Ergebnisse vorläufig der Öffentlichkeit entziehen. Die Polizeibehörde

hat alle Gegenstände, die mit Verfall belegt worden, der Staatsanwaltschaft überliefert und es scheint, daß diese darin hinreichenden Anhalt gefunden, die unterdeß erfolgte Schließung der katholischen Vereine zu bestätigen und die Einleitung der Voruntersuchung beim Gerichte zu beantragen.

— Der Kaiser wohnte am 26. d. M. in Gastein dem Gottesdienste in der evangelischen Kirche bei, welchen der Hofprediger Eym abhielt. Wie dem „Staatsanz.“ aus Gastein berichtet wird, ist dort die Witterung winterlich, die Bergspitzen sind mit Schnee bedeckt und ein Landregen mit kühler Temperatur hat sich eingestellt.

— [Die Aussichten für die freie Advokatur.] Der „Magd. Bzg.“ wird in Bezug auf die in Aussicht genommene Freigabe der Advokatur folgendes geschrieben:

„Daß der Bundesrath einen Gesetzentwurf vorbereitet, welcher die freie Advokatur bezweckt, ist bekannt, die Zeit aber ist vorüber, wo in dieser neuen Institution die zunächst Theilhabenden eine unaufschiebbare Reform erblickten. Bis zur Aufhebung der Richtergehälter war die materielle Lage der unteren wie der Appellrichter eine äußerst bescheidenste und der Zudrang zu Rechtsanwaltsstellen überstieg zeitweilig alles Maß. Glücklicherweise wurde geurtheilt, wer Notar und Advokat werden konnte, denn er war in der Lage, bei nur mäßiger Praxis ein um das Doppelte höheres Einkommen als das richterliche sich zu sichern. Nichts Seltenes war es, daß ältere Kreisgerichtsräthe und selbst in der Anciennität vorgerückte Mitglieder der Appellhöfe um vakante Rechtsanwaltsstellen sich bewarben, eine Erscheinung, die zu denken gab und die den Minister Dr. Leonhardt gleich bei seinem Amtsantritt auf die Idee brachte, die Advokatur freizugeben. Jetzt hat der Zudrang zu letzterer wesentlich nachgelassen, denn die Richter beziehen ein erheblich höheres Einkommen gegen früher und sie sind, wie es den Anschein gewinnt, in den allermeisten Fällen nicht gewillt, ihr Einkommen mit einem Einkommen zu vertauschen, das der Konjunktur unterliegt. Zu einer beträchtlichen Menge bringen es immer nur vereinzelt Anwälte in größeren Städten; die in den mittleren und kleineren Provinzialstädten angestellten Advokaten sind froh, wenn sie in ihrem Einkommen mit dem erhöhten Gehalt gleichartiger Richter gleichen Schritt halten. In letzter Zeit ist wiederholt vorgekommen, daß Richter zu den Kandidaten um die Advokatur gar nicht mehr gehören. Die Agitation um Einführung der freien Advokatur entsprang in Preußen ausschließlich der ärmlichen Misere unserer Kreisrichter, die mit 600 Thlr. Gehalt allerdings nicht auskommen konnten, besonders wenn sie verheiratet waren und Familie hatten. War aber dies der Grund zu der für berechtigt erklärten Forderung, so ist es begreiflich, daß der Justizminister augenblicklich weniger Eile hat, seinen Entwurf vor das Parlament zu bringen; er wartet auch von juristischer Seite dazu gar nicht gedrängt. Die Justizverwaltung hat jetzt ganz andere und größere Sorgen: sie wünscht, es mögen immer genug Affektoren vorhanden sein, um mit ihnen Richter- und Advokatenstellen besetzen zu können.“

Laufenburg, 26. Juli. Man schreibt dem „Gesell.“: Wer seine Geduld auf die Probe stellen will, der darf nur einmal nach unserm lieben benachbarten Polen reisen. Neulich wollte ich mir das Land der Revolutionen auch einmal ansehen. Ich fuhr getrost zur Grenze bis an den schwarz-weiß-rothen Schlagbaum, der das erste Hinderniß für den Reisenden bildet. Ein russischer Posten lebte sich gemächlich daran, machte aber durchaus keine Miene zu öffnen. Ich stieg nun vom Wagen herunter und versuchte mit dem Russen eine Unterhaltung anzuknüpfen. Kaum hatte ich einige Worte an ihn gerichtet, da fragte er mich, ob ich nicht Wodka (Schnaps) bei mir habe. Ich reichte ihm die Flasche, die ich vorsorglich zu mir gesteckt hatte, und sah nun, wie ein Russe „ziehen“ kann. So schön, das muß ich bekennen, versteht man es bei uns doch nicht. Als Lohn für meine Gefälligkeit verlangte ich nun die Grenze passieren zu dürfen, worauf mir aber die Antwort wurde, daß vor einer Stadt dies nicht geschehen könne, da die Herren frühstücken. Ich wollte die am Schlagbaum befindliche Glocke ziehen, wurde davon aber gebieterisch zurückgehalten. „Und wenn ich der russische Czar wäre“, donnerte ich, „würdest du mir dann auch nicht öffnen?“ „Niepomoze“ (hilft nichts), antwortete phlegmatisch der Posten. „Nun“, meinte ich, „wenn aber unser Wilhelm mit 150,000 Mann herkommt, um die Schlagbäume wegzuschaffen?“ „Oho“, erwiderte lächelnd der Russe, „wir haben auch Zündnadeln und Kanonen.“ Was half, ich mußte mich auf Friedenszustand mit dem Russen setzen, der freilich etwas kostete, denn als mir nach 1½ Stunden die Grenze geöffnet wurde, war ich um 1 Liter Korn, verschiedene Cigarren und 5 Kopfen ärmer. Schnaps, Tabak und Geld, das sind die drei Güter aller Russen. Wo war der Mensch, der, wie die Zeitungen sagen, seit 1866 und 1870 dem deutschen Namen und dem deutschen Paß in allen Erdtheilen vorangeht! Ein Deutscher muß vor einem russischen Schlagbaum wie ein Bube stehen und um Einlass in das heilige Garenreich betteln. Wenn Fürst Bismarck noch dieses Uebel beseitigt, dann wird sein Name im deutschen Nordosten gelegentlich sein.

Münster, 24. Juli. Zur Gerichtsverhandlung in Burgsteinfurt wegen Unterzeichnung der bekannten Damen-Adresse war auffallender Weise die Frau v. Heeremann, die Mutter unseres Reichs- und Landtags-Abgeordneten Frh. v. Heeremann, nicht vorgeladen. Am Gerichtstage aber erhielt sie, v. Heeremann, nicht vorgeladen, ein Schreiben des hiesigen Kreisgerichts, das sie zu einer ihr genehmen Zeit vorlud. Sie wählte noch denselben Tag. Nachträglich hört der „Mercur“, daß der Herr Staatsanwalt in wohlwollender Berücksichtigung des hohen Alters der Dame von weiterer Verfolgung Abstand nahm, das Kreisgericht zu Burgsteinfurt aber, weil die Voruntersuchung bereits eingeleitet sei, die gänzliche Niederschlagung des Verfahrens nicht für zulässig hielt. Seltsam! — Sicherem Vernehmen der „W. Br. Bzg.“ nach ist gegen den heimlich von hier nach Amerika entwichenen geistlichen Akademie-Professor Dr. August Rohling — Verfasser der „Stigmatisirten in Bois d'Haine (Belgien): Louise Lateau“, des „Talmud-Juden“ und ähnlicher „wissenschaftlicher“ Werke — durch Verfügung des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten wegen unerlaubter Entfernung aus dem Amte die auf Dienstentlassung gerichtete Disziplinar-Untersuchung eingeleitet. Zum Untersuchungs-Kommissar ist der Regierungsrath Mirus dahier ernannt, welcher bereits den zeitigen Rektor der Akademie und den Dekan der theologischen Fakultät als Zeugen vernommen hat.

München, 26. Juli. Die in München aufgelegte Adresse an Fürst Bismarck wurde von 7232 Personen aller Stände unterzeichnet und durch die preussische Gesandtschaft demselben überreicht. Die Adresse selbst wurde von Herrn Magistratsassistent Weinböck in meisterhafter Weise in Form eines kalligraphischen Tableaus ausgeführt; eine sehr elegante Mappe aus rothem Saffian mit schwarzen und weißen Verzierungen, von Herrn Buchbinder Reithardt gefertigt, umschließt das Dokument mit den zahlreichen Unterschriftenbogen.

Paris, 27. Juli. Botschafter Hohenlohe theilte dem Minister Decazes nichtamtlich mit, falls Frankreich nicht ernstliche Maßregeln gegen die Carlisten ergreife, werde Deutschland es thun, und Kriegsschiffe in die nordspanischen Gewässer entsenden. (Köln. Bzg.)

Die Möglichkeit, daß die Auflösung der National-Versammlung votirt werden konnte, hat die Börse heute sehr beunruhigt und die Course bedeutend gedrückt. Einige zwanzig Mitglieder der Rechten, welche Versailles bereits verlassen hatten, sind heute schleunigst zurückgekehrt, um den beabsichtigten Coup der Linken zu vereiteln. Die Regierung wird sich energisch dagegen aussprechen, daß die Auflösung vor der Vollendung der konstitutionellen Gesetze beschlossen werde. Der „Français“ meldet, Mac Mahon werde vor der Vertagung eine Botschaft an die Kammer richten. — Spanische Fonds waren heute sehr fest, und zwar auf das Gerücht von der bevorstehenden Anerkennung der spanischen Regierung durch die Mächte, namentlich durch Deutschland, Italien, England und Frankreich.

Die erste Nummer des wegen des bekannten Artikels von Saint-Genest auf 14 Tage suspendirten „Figaro“ ist heute hier wieder eingetroffen und enthält etwa sechs Zeitungsspalten über das Mißgeschick, das ihn betroffen. Herr de Villemessant erklärt an der Spitze der Zeitung, daß er und sein Blatt nach wie vor und trotzdem und alledem „ergebener Anhänger des Septennats und der konstitutionellen Monarchie“ bleiben würden.

Paris, 27. Juli. Die „Union“ bringt über die Erschießung des Hauptmanns Schmidt durch die Carlisten aus der Feder eines aus dem Lager des Präbidenten zurückgekehrten Mitarbeiters folgendes scharfe Urtheil. Der genannte Herr schreibt:

„Ich will Nichts von dem Spion Schmidt sagen, der unter den nämlichen Bedingungen festgenommen worden war, wie seine Landsleute während der Belagerung von Paris. Da seine delinquente Mission festgestellt worden, zeigte er Furcht; er handelte auf schamlose Weise um sein Leben; er bot verschiedenartigen Verrath an und gewann nur ein wenig Würde, als er den Protestanten ab schwur. Sein Urtheil wurde nach genauer Untersuchung gefällt. Während seiner Gefangenschaft wurde er sehr höflich behandelt.“

Daß in dem Vorstehenden der Sachverhalt in gemeiner Weise entstellt ist, liegt auf der Hand und für die Authentizität der Lüge bürgt der Name des Schreibers; es ist dies der ehemalige Redakteur Adrien Maggiolo, derselbe, der sich in einem Duell mit Herrn Paul Granier aus Cassagnac so schamlich blamirte und um die Geschichte in Vergeffenheit zu bringen, für einige Zeit nach Spanien ausgewanderte.

In liberalen Protestantenkreisen fürchtet man den protestantischen Minister des Innern Chabaud-Latour. Derselbe spielte bekanntlich bei den letzten Verhandlungen der Synode eine hervorragende Rolle und bekennt sich zur ultra-orthodoxen Partei Guizot. Nun glaubt man, er werde seine Stellung dazu benutzen, den auf der Synode ausgesprochenen Grundsätzen für die protestantische Kirche Frankreichs allgemeine Geltung zu verschaffen. Das Blatt der liberalen Protestanten „La Renaissance“ äußert sich in diesem Sinne, wie folgt:

Es heißt, Herr von Chabaud-Latour betrachte sein Ministerium nur als ein Interim. Seine Ernennung erregt aber nichts desto weniger in den freireligiösen Kirchen und insbesondere in denjenigen des Südens eine lebhafteste Unruhe. Jedermann kennt die religiösen Ansichten des neuen Ministers und weiß, welche Rolle er in dem letzten Kirchenstreit gespielt hat, weshalb man allgemein befürchtet, er werde sein neues Ansehen benutzen, um auf die liberalen Protestanten zu drücken oder den Kirchen wenigstens die Autonomie der Synode aufzudrängen zu wollen. Freilich geben dem Minister des Innern unsere kirchlichen Angelegenheiten nichts an und die Delikatesse verbietet dem Baron von Chabaud-Latour, Mitglied der Synode und des pariser Konföderations, sich als interessirte Partei in dem Kampf zwischen den Liberalen und der Synode ein Urteil anzumessen. Ein Ehrenmann nimmt nie die Stellung eines Richters in der eigenen Sache an. Wir halten Herrn von Chabaud für einen Ehrenmann und können also nicht glauben, daß die so jarten Fragen, die uns betreffen, gelöst werden, so lange er Mitglied des Kabinetts ist.

Morgen wird der „Figaro“ nach seiner vierzehntägigen Suspension wieder erscheinen und, wie es heißt, wird dem „XIX. Siècle“ endlich der Straßenverkauf wieder gestattet werden.

Jetzt, wo der Aufschub der konstitutionellen Verhandlungen und die Ferien so gut wie beschlossen sind, sollte man denken, daß wenigstens einige Ruhe eingetreten sein müßte. Gott bewahre! es geht wieder von Neuem an. Die Ungelehrtheit, womit die Konfessionen sich selbst ins Gesicht geschlagen haben, war denn doch selbst für hiesige Verhältnisse zu stark, und es macht sich eine Reaktion geltend, welche die Sieger von Donnerstag ernstlich beunruhigt. Selbst konservativ-septennalistische Blätter, wie die „Presse“, die bisher zu den ergebensten der ergebenen gehörte, die Nationalversammlung habe ihre Ohnmacht und ihren Mangel an gutem Willen in niederschmetternder Weise bewiesen, die Auflösung sei notwendig und die Vertagung in der gewählten Form eine Schmach. Konservativ-republikanische Abgeordnete, die zwischen beiden Zentren schwanken und die eben wegen ihrer bisherigen Friedlichkeit ein gewisses Gewicht haben, wie Mar Richard und Marc Dufrasse, sprechen aus, daß die Verhandlungen

der letzten Tage ihrem Glauben an die Lebensfähigkeit der National-
Versammlung den Todesstoß verleiht haben, und geben zu den Dissolu-
tionisten über. Herr v. Broglie steht mit Bestimmtheit auf dem Stand-
punkt, dass die republikanischen und bonapartistischen
Blätter voll heimlicher Freude und behaupten, dass noch eine
größere Anzahl von Konservativen sich in letzter Stunde für die
Auflösung gewinnen lassen werden, vielleicht, so hoffen sie, genug, um
den ersehnten Beschluss zu Stande zu bringen. Es dürfte nun wohl
den Schwankenden vom Zentrum die Thatsache nicht so ganz neu sein,
dass die Nationalversammlung zur Auflösung reif ist, und ich glaube,
auch Richard, Dufaure und Genossen ahnen nicht erst seit Donner-
stag die Unfähigkeit der Majorität, etwas Positives zu schaffen. Was
die Haltung der gemäßigt Konservativen jetzt beeinflusst, das ist das
Auftreten der Rechten, indem die Regierung sich gegen die Re-
publik und für die Vertagung erklärte, hatte sie sich in die Arme
Broglie's geworfen, und schon dieser Tage suchte man den Her-
zog auf irgend einen Grund hin wieder ins Ministerium zu
ziehen. Broglie aber rückte in Begleitung seiner Hülfsgeister, der Legi-
timisten, heran. Und diese stellten und stellen sehr hohe Forderungen:
sie betrachten den Rückschritt, welchen Mac Mahon gethan, als ein
sörmliches pater peccavi; sie verlangen, dass er, um an ihnen eine
Stütze zu haben, seine ganze septennalistische Politik ihren Wünschen
unterordne, und sie wollen ein Ministerium Broglie nur dann unter-
stützen, wenn Décazes austritt und zwei Mitglieder der reinen Rechten
in dasselbe aufgenommen werden! Dabei stellen sie für die Ferien
eine erneute Thätigkeit in royalistischem Sinne in Aussicht, und sie
unterstützen das weit entfernte Datum des 5. Januar einstweilen, um
die prinzipielle Ueberflüssigkeit des Parlamentarismus zu demonstrieren,
anderntheils, um Zeit zu neuen Unterhandlungen mit Frohsdorf
zu gewinnen. So haben es die gemäßigten Konservativen nun doch
nicht gemeint, als sie ihre Stimmen gegen Perier abgaben, dass zum
Dank für ihre Bemühungen der Schwerpunkt der Regierung ganz nach
der anderen Seite verlegt und ihnen zum Ueberflus während der Feri-
en noch mit fusionistischen Gaudeln aufgewartet werden solle.
Deshalb sind sie zum Theil erschrocken über ihre Leistung und möchten
dieselbe rückgängig machen. Bis jetzt scheint nun nicht, als ob dies so
weit ginge, dass man wirklich schon innerhalb der nächsten 14 Tage die
Auflösung beschließen würde; eher ist zu erwarten, dass man von der
Dauer der Ferien etwas abmarken und den Einfluss Broglie's und der
Rechten auf die Regierung durch passend angebrachte Demonstrationen
vermindern wird; man sieht ein neues liberales Pöppchen auf den letzten
royalistischen Lappen. Doch ist die Bewegung ernst im Anfang begrif-
fen, und es bleibt abzuwarten, wie weit sie geht.

Madrid, 26. Juli. Die Carlisten glauben ihre unjähigen Schand-
thaten vor dem Angesichte Europas doch abklären zu müssen, was
wohl weniger auf einen kaum mehr vorhandenen Rest von Schamge-
fühl, als auf das Bewusstsein, wie sehr die Gräuelt der Sache schaden,
zurückzuführen ist. So theilt der sogenannte Militärbevollmächtigte
Don Carlos VII. in London den Blättern eine ihm von der carlisti-
schen Militärjunta in Perpignan zugegangene Depesche vom 23. Juli
mit, „dass die Berichte von carlistischen Grausamkeiten in Cuenca
und von der darauf gefolgten Niederlage des Prinzen Alfonso ganz un-
gegründet sind. Amtliche Nachrichten beweisen vielmehr, dass des Prinzen
Erfolg noch viel bedeutender war, als bisher berichtet worden.“ Der
Abklänge erster Theil wird, wohl in so fern subjectiv richtig sein,
da die Carlisten längst aufgehört haben, die Niederbrennung von Häu-
sern in einer eroberten Stadt und die Niedermetzelung von Gefange-
nen als „Grausamkeiten“ zu betrachten; sie sind bei ihnen zu einem in-
tegritenden Bestandtheile der Kriegsführung geworden. Das hat von
Neuem die von dem General-Capitän von Catalonien der Regierung
amtlich angezeigte Thatsache erhärtet, dass die Carlisten von den gefan-
genen republikanischen Soldaten, welche sie in Dlot internirt hielten,
hundertundsechzig erschossen haben. Nach späteren Angaben scheint die
Zahl noch höher zu sein. Die madriider Regierung aber hat nicht etwa
blutige Vergeltung genommen, sondern den Generalkapitän nur beauf-
tragt, den carlistischen Bewohnern seines Militärbezirks eine außeror-
dentliche Steuer aufzulegen, aus deren Ertrag die Familien der Ein-
gemerkten entschädigt werden sollen.

Aus Cuenca schreibt übrigens eine Magistratsperson: „Der Bi-
schof, welcher sich seines Friedensamtes würdig bewiesen hat, hat Dona
Blanca um Gnade für die in seinen Palast geflohenen Freiwilligen.
Die Gemahlin Don Alfonso's aber wies die Bitte des Bischofs mit
den grausamen Worten zurück: „Sei du nur zufrieden, dass es dir
nicht ergeht wie jenen.“ Was den zweiten Theil der oben ange-
führten Abklänge betrifft, so wird derselbe durch den amtlichen
Bericht des Brigadiers Lopez Pinto aus Teruel vom 20. Juli hin-
reichend widerlegt. „Reine Brigade“, meldet er, „errang gestern
Morgen in Salvacanele, Provinz Cuenca, einen bedeutenden Sieg
über einen großen Theil der Banden des Don Alfonso. Der Feind
hatte, um die 700 in Cuenca gemachten Gefangenen zu bewachen, sich
in dem Orte befestigt; ich schlug ihn jedoch gänzlich, fügte ihm großen
Verlust an Todten zu, machte viele Gefangene, darunter 7 Offiziere
und den Kommandirenden, Baron de Benicassin, erbeutete Waffen,
Munition und Pferde, befreite die sämtlichen Gefangenen (Republi-
kaner) und marschirte auf Befehl des Generalkapitäns mit allen diesen
hierher zurück. . . . Wenn Cuenca gefallen ist, so hat doch meine
Brigade den Feind, indem sie ihm alle Gefangenen entriß, des größten
Erfolges beraubt.“ Das carlistische Dementi stützt sich also wohl
darauf, dass Don Alfonso selbst bei jener Niederlage nicht zugegen
war. Uebrigens ist auch Cuenca, wie vorausgesehen war, von den
Carlisten baldigst wieder geräumt worden, so dass, nach Verlust der
Gefangenen, ihnen kein Gewinn geblieben ist, als die beangenen
Scheusüchtlchen.

Der Generalkapitän von Biscaja meldet, dass er am 21. d. die
Küstenstadt Algorta am östlichen Ufer der Ria de Bilbao, wo noch vor
kurzem die Carlisten Grise, Weber und Kinder als Geiseln fortge-
schleppt hatten, nach einigem Widerstande von feindlicher Seite einge-
nommen hat.

Die amtliche Zeitung führt folgende Gesandten-Ernen-
nungen auf: Für Mexiko D. Eugenio F. Sanz, für die Vereinigten
Staaten D. Antonio Mantilla, für Venezuela D. Dionisio Roberts
u. Brendergast, für die argentinische Republik D. Norberto Ballesteros;
als Geschäftsträger für Japan D. Balbino Cortés u. Morales und
für Uruguay D. Tiburcio Rodriguez.

Eine Bande aus der Sierra Morena hat kürzlich, wenn
wir nicht irren in Linares, einen Engländer Namens Hazden fort-
geschleppt und für dessen Freilassung ein Lösegeld von 29,000 Duros
erpreßt. Seitdem haben die Räuber noch fünf Spanier gefangen;

doch sind sieben von ihnen nun selbst in die Hände der Polizei ge-
fallen und fünf von dem Gerichte zu Almaden schon zum Tode verur-
theilt worden.

Aus Miranda de Ebro, vom 14. Juli wird der „Köln. Ztg.“
geschrieben:

Das Cuartel Real vom 11. d. M., welches mir auf Schleichwegen
erst heute zugegangen ist, enthält folgende telegraphische Nachricht aus
Durango unter dem Datum des 10. Juli: „An den Herrn Direktor
des Cuartel Real. Gestern wurden zu Vermeo 27 Gefangenen
von verschiedenem Kaliber und nach den neuesten Systemen angefer-
tigt, aus Land gebracht.“ Die Habsburger, welche den allerdings nicht
immer zuverlässigen pariser Blättern bereits vor einigen Tagen auf
telegraphischem Wege zugegangen war, ist also genügend bestätigt. Man
versteht hier, dass die Geschütze nicht Krupp'scher Arbeit, sondern in
England angekauft seien. Sie sind zu Bordeaux auf einem Dampfer
Namens London verladen, und nächst ihrer Weile bei Vermeo aus-
geschifft worden. Von Durango wurden sofort 80 Paar Ochsen und
viele Wagen zum Landungsplatze geschickt, um die kostbare Fracht ab-
zuholen. Der Transport erregte in sämtlichen Dörfern am Wege
namenlosen Jubel. Wo aber weilt die spanische Flotte? Sie scheint
sich in diesem Kriege nichts als Blamage holen zu wollen. „Wir arme
propane Seebliche und müßige Burschauer“, sagt das liberale Blatt
„Irrac Bat von Bilbao“, „leben solchen seltsamen und wunderbaren
Begebenheiten zu und wissen weiter nichts zu sagen als: Wir verstehen
es nicht.“ Das nämliche Blatt macht in sehr scharfen, aber durchaus
nicht übertriebenen Ausdrücken seiner Entrüstung über eine wahrhaft
vandalische Maßregel Lust, welche die Carlisten an der Küste von Bi-
scaja ergriffen haben. Dieselben haben nämlich in den 10 Tagen Städte
und Dörfern weit über tausend Personen, Grise, Weber und
Kinder aufgeführt, und mit dem Tode bedroht für jeden feindlichen
Akt, den die spanischen Kriegsschiffe an den Küsten Biscaya's verüben
würden. (Die barbarische Befragung des carlistischen Kommandanten
Hormachea wurde bereits mitgeteilt.) Die ganz unglaubliche und
die Gräuelt der pariser Kommune überbietende Maßregel ist sehr
prompt ausgeführt worden. So sind bereits am 15. d. M. in Algorta
über zwanzig Personen aus ihren friedlichen Wohnungen gerissen und
ins Gefängnis gesteckt worden, so, die nicht die geringste Verant-
wortung für den Krieg tragen, zum Theil ihres Alters wegen nicht
einmal irgend welcher juristischen Verantwortlichkeit fähig sind und
nun in beständiger Todesangst einschlummern für Vorurtheile, die an
sich ganz gerechtfertigt sind und an denen sie nicht den geringsten Theil
haben. Da fragt man sich allerdings, ob Europa solchen Gräuelt
ruhig zusehen darf. — So eben ist General Primo de Rivera von
Burgos her kommend hier angelangt und hat nach kurzer Rast im
Stationsgebäude die Reise nach Logrono fortgesetzt. Der General
steht im Ganzen recht wohl aus, doch merkt man die Nachwehen sei-
ner Wunde an der Gesichtsfarbe und am Gehen, was immer noch
mit einigen Schwierigkeiten verbunden ist. Heute Morgen war man
hier nicht wenig überrascht, drei lange Bahnhöfe mit Truppen hier
durchkommen zu sehen. Es ist eine Abtheilung, die von der Nordar-
mee detachirt worden ist und irgend einer zur Zeit hier noch unbe-
kannten Bestimmung zueilt. Es ist zu vermuthen, dass die Bahnhöfe
von Venta de Banos nach Santander auf irgend einem Punkte be-
droht ist. Vom hiesigen Stationsgebäude aus kann man die Carlisten
auf den nächsten Bergen gegen Victoria zu in lichten Haufen aufge-
pflanzt sehen.

Neunter deutscher Journalistentag.

(Fortsetzung.)

Herr Heinrich Bürger (Altona, Frankfurt a. M.) kann sich,
obwohl er nicht im hiesigen Hause ist, doch nicht verhehlen, dass es
sehr bedenklich ist, wenn der Journalistentag sich mit einem Institut
verbindet, das über das Stadium des Projekts eigentlich noch nicht
hinausgekommen ist. Sie wollen dem W. T. B. ein Gegengewicht
schaffen, aber wer entscheidet denn endgültig? Der Verleger. Nur
wenige Redakteure seien in der Lage, dem Verleger mit einem be-
stimmten Willen entgegenzutreten. Ebe man ein bestimmtes
Bureau empfehle, müsse man auch über die Mittel und die Organi-
sation desselben genau unterrichtet sein. Redner behält sich einen An-
trag vor, den Gegenstand für jetzt von der Tagesordnung abzuheben.
Vollhausen (Mannheim): Die Empfehlung eines bestimmten
Telegraphen-Bureau's könne der Journalistentag verantworten, um
die Offiziellen zu bekämpfen und einen befähigten, journalistischen Leiter
an der Spitze zu haben, aber was die Kommission eigentlich solle, wisse
er nicht. Der Journalistentag solle auch nicht verantwortlich gemacht
werden für die Gefahren eines Telegraphen-Bureau's, mögen die ein-
zelnen Zeitungen für sich abschließen. Eine Vermittlung durch die
Kommission wolle er schon deshalb nicht, weil dies theilweise auf der
Fiktion beruhe, dass der Journalistentag eine Vertretung der Zei-
tungen sei.

Geher (Neue Borsenzeitung, Berlin) verweist der Behauptung
gegenüber, dass man sich an ein bestimmtes Bureau nicht bünde, mit
demselben nicht „verhandle“, auf das Beispiel des Inzeraten-Agenten
Wolfe, der nun gewissermaßen eine Macht geworden sei; das würde
bei dem Telegraphen-Bureau durch Unterstützung Seitens des Jour-
nalistentages ebenfalls eintreten. Man könne auch kein Bureau unter-
stützen, das man nicht genau kenne. Was die vielbesagte Offiziösität
betreffe, so könnten sich die Redaktionen, wenn sie wollten, dieser Ge-
fahr durch Sorgfalt und Aufmerksamkeit ganz entziehen.

Dannenberg (Hamburger Korrespondent): Der bisherige Miß-
erfolg komme daher, weil man die Schwierigkeiten unterschätzt habe,
und dann frage es sich, ob das erstrebte Ziel der gemachten Anstren-
gungen werth sei. Er spreche aus praktischer Erfahrung, da er in
schwerer Zeit eine Konkurrenz gegen das Wolff'sche Telegraphen-
Bureau geleitet habe und wisse was das heiße. So lange man auf
Geld Werth lege, sei absolut an einen Erfolg nicht zu denken. Neben
dem neuen Bureau werde man auch die Depeschen des alten Bureau's
halten müssen. In ruhigeren Zeiten möge Alles noch glatt gehen, aber
wie dann, wenn die Zeiten kommen, in denen die Regierung Depeschen
veröffentlichen, was, wie Fürst Bismarck einmal sagte, „auf Sturm
drute“? Werde die Regierung ihre Aktenstücke etwa dem neuen Bureau
zugehen lassen? Werde das neue Bureau im Stande sein, die halb-
offiziellen Aufstellungen der spätmittags erscheinenden „Provincial-
Korrespondenz“ so zeitig zu telegraphiren, dass die Abendblätter sie
erhalten? Das glaube er schwerlich. Man könne also ein offizielles
Bureau nicht beschreiben und dieses werde dann im Stande sein, Be-
dingungen zu stellen. Und wie denken Sie über die Art und Weise
der Beförderung? Glauben Sie, dass das neue Bureau ebenso eine
Priorität vor den Privatdepeschen erhalten werde wie das W. T. B.?
Eine Kontrolle hierüber, ein Einblick in das Verwaltungsgetriebe sei
doch unmöglich. Und in Kriegzeiten, wie werde es da sein, wo die
Regierung im Stande sei, Telegramme zu konfisciren? Will man
eine Konkurrenz, so dürfe man erkennen, dass die Kosten nicht scheuen
und zweitens die Opposition derartig zu einer Macht gestalten, dass die
Regierung genöthigt wird, ihr Depeschen zuzustellen. Er für seine
Person halte eine Verneuerung des Bureau's nicht für nöthig. Der
einige Weg sich unabhängig zu machen, sei der von den londoner
Blättern eingeschlagene, die sämtlichen Reuter's Depeschen, aber neben-
bei ganze Spalten von Privattelegrammen bringen. Wenn das Bu-
reau, das man im Auge habe, sich lebensfähig erweise, so werden die
Zeitungen es schon unterstützen, aber die Hauptsache sei: wir müssen
selbst viel leisten.

Kette meint, über die Schwierigkeiten werde das Bureau hin-
wegkommen müssen; für uns handle es sich nur darum, eine Ver-
trauensperson zu wählen.

Dr. Wafner glaubt, dass der Journalistentag nach den Ausfüh-
rungen des Vorredners von dem Plan, ein neues Telegraphenbureau
zu beantragen, wohl ablassen werde. Es sei auch fraglich, ob dadurch
die Mängel der telegraphischen Korrespondenz vermieden würden. Die
Abhilfe der Uebel liege weniger in der monopolistischen Existenz der
Telegraphenbureau's, als in der politischen Macht der Regierung,

welche gewisse Bureau's von sich abhängig mache und sie unterstütze.
Wenn die Regierung durch Gesetze beschränkt, die Macht der Zeitun-
gen, d. h. des Volkes erweitert werden, muß solche Bevorzugung un-
schädlich werden. Er beantragt darum, die unten folgende Re-
solution und empfielt außerdem jedes unabhängige Bureau zu un-
terstützen.

Nachdem noch Herr Klausner sein Bureau empfohlen, welches
die Instruktionen der Zeitungen befolgen und letztere in den Stand
setzen werde, unzensurirte Depeschen zu erhalten, wird die Diskussion
geschlossen und zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag von Stein (Posen) auf einfache Tagesordnung wird
abgelehnt, dagegen die Frage: ob ein unabhängiges Korrespondenz-
Bureau gegenüber dem W. T. B. Telegraphen-Bureau zu unterstützen sei,
mit großer Mehrheit bejaht. Die Frage, ob insbesondere das Klaus-
ner'sche Bureau unterstützt werden solle, wird abgelehnt, ebenso die
Anfrage, die Angelegenheit einer Kommission zu übergeben. Schließ-
lich wird die nachstehende von Dr. Wafner beantragte Resolution
angenommen:

„Der neunte Journalistentag beschließt: In Anbetracht,
dass die Beschwerden über die Versorgung der Zeitungen mit
telegraphischen Nachrichten hauptsächlich darin ihren Grund
haben, dass die bestehenden Telegraphenbureau's den Regie-
rungen gegenüber politisch nicht unabhängig genug sind, zu
erklären, dass es wünschenswerth sei, den Telegraphenverkehr
durch die Hestellung einer größeren Garantie zu stellen,
um die Bevorzugung gewisser Bureau's zu beseitigen.“

Nach halbstündiger Pause theilt der Vorsitzende mit, dass Herr
Dr. Schröder plötzlich erkrankt sei, aber morgen zu erscheinen hoffe.
Es folgt die Beratung des nächsten Gegenstandes der Tagesordnung,
die Annahme eines Bureau's betreffend. Herr Davidsohn (Berl.)
Bis. (Courier) referirt hierüber Namens der vom 8. Journalistentag
gewählten Kommission und legt den Entwurf eines Statuts zur Be-
gründung eines „Inzeraten-Bureau's der deutschen
Presse“ vor. Der Referent will nicht in Abrede stellen, dass die be-
stehenden Bureau's, bei allem Schaden den sie stiften auch von Nutzen
seien, für die Zeitungen durch die Inzerate, für das Publikum durch
die demselben gebotene Bequemlichkeit; man möge deshalb nicht ganz
die Hand von ihnen abheben. Das einzige Gegenmittel sei eine Or-
ganisation, welche die Vorzüge der bestehenden Bureau's habe, aber die
Schäden derselben paralysire. Freilich werde dies nur langsam gehen
und man dürfe sich deshalb vor Illusionen; die reifen Früchte werden
uns nicht gleich in den Schoß fallen. Habe man die prinzipielle Basis
gefunden, so schreite man auf derselben einmüthig vor; gemeinsames
Wirken erzeuge gute Resultate. Genug des Rathes, man schreite end-
lich auch auf diesem Gebiete zur That.

Vollhausen empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung, da der
Journalistentag keine Verpflichtung eingehen könne und die Sache den
einzelnen Zeitungen überlassen müsse. Davidsohn und Wafner
widerlegen aber entschieden; die Kommission habe im Auftrag ge-
handelt und man müsse endlich zu einem Resultate kommen. Der An-
trag auf Tagesordnung wird darauf mit großer Mehrheit abgelehnt.
Es wird nun von verschiedenen Seiten der Wunsch laut, den Entwurf
ohne Spezialdebatte en bloc anzunehmen, doch machen sich bald Be-
langen nach Abänderung einzelner Bestimmungen des Statuts geltend
und Kette erklärt, Namens der Posener Zeitung, dass diese nicht be-
treten werde, da sie vielmehr mit allen Inzeraten-Bureau's brechen
und keinem Vortheile vor den Privatpersonen gewähren wolle. Da-
vidsohn erwidert, dass die Posener Zeitung wohl einen solchen Star-
punkt einnehmen könne, nicht aber die anderen Zeitungen. Wo man
praktisch schaffen wolle, da dürfe man nicht bloß den ethischen Stand-
punkt betonen; die kleinen Zeitungen könnten die Bureau's nicht ent-
behren, die moralische Unterstützung des Journalistentages sei deshalb
wünschenswerth. Nachdem alsdann Schend (Berliner Fremdenblatt)
unter vielfacher Zustimmung den Entwurf der Kommission beleuchtet
und als notwendige Konfurrenz empfohlen, wird der Entwurf mit
einigen vom Referenten gebilligten und den geäußerten Wünschen ent-
sprechenden Aenderungen, gemäß der nachstehenden, von Güttinger
(Frankfurt a. M.) beantragten Resolution genehmigt:

„Der 9. deutsche Journalistentag nimmt den ihm Seitens der vom
8. deutschen Journalistentag niedergesetzten Kommission vorgelegten
Entwurf des Statuts für ein Inzeraten-Bureau der deutschen Presse
en bloc an und empfiehlt denselben den Verlegern deutscher Zeitungen
und Zeitschriften zur Annahme, resp. fordert dieselben auf, auf Grund
dieses Entwurfs ein Inzeraten-Bureau ins Leben zu rufen.“

Der Journalistentag beginnt darauf die Beratung eines von
Kette eingebrachten Antrags, den Nachdruck von Feuilletons u. be-
treffend, vertagt die Debatte aber um 2 Uhr auf morgen 9 Uhr.

Um 3 Uhr findet sich die Versammlung zum Fest-Dinner im großen
Saale des Konversationshauses ein.

(Schluß folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 29. Juli.

r. Zu der beabsichtigten Verlegung des katholischen Leh-
rerseminars von hier nach Rawicz hat nunmehr, wie man
hört, der Unterrichtsminister seine Zustimmung erteilt. Ein Protest,
welchen der Oberbürgermeister, Kreischulinspektor Kobleis gegen
diese Verlegung an den Kultusminister gerichtet hatte, kommt in der
heutigen Stadtverordnetenversammlung zur Verlesung.

r. Der Abgeordnete Kantak hatte dem Magistrat den steno-
graphischen Bericht über die Rede, welche er im Abgeordnetenbause in
Angelegenheit des Bahnprojekts Posen-Schneidemühl gehalten, über-
sanft. Der Magistrat hat darauf Herrn Kantak seinen Dank für das
rege Interesse, welches derselbe in dieser Angelegenheit an den Tag
gelegt, ausgesprochen.

r. Das Darlehen aus dem Reichsinvalidenfonds in Höhe
von 750,000 Thlr. ist nunmehr seitens des Magistrats fast vollständig
sicher und unter günstigen Bedingungen untergebracht. 500,000 Thlr.
in Hypotheken, Lombard, Prioritäts-Obligationen und Pfandbriefen,
während 250,000 Thlr. zur Einlösung der alten Stadtschulden
verwendet werden sollen.

Diebstähle. Einem hiesigen Möbelschneider sind vor längerer
Zeit aus 2 verschlossenen Bodenlammern durch Uebersteigung einer
Bordwand oder mittelst eines Nachschlüssels folgende Gegenstände
gestohlen worden: eine Rolle Badelwand, ein kupferner Kessel, meh-
rere alte Kleidungsstücke. — Einem Zimmermann auf der Schilgen-
straße ist am 26. d. M. aus offenem Kasten in verschlossener Stube
eine Summe Geldes von ca. 3 Thlr. gestohlen worden. — Einer
Schuhmacherfrau auf der Thorstraße ist durch eine Arbeiterfrau ein
Kopfkissen im Werthe von 2 Thlr. gestohlen, und dasselbe in Folge
der vorgenommenen Hausdurchsuchung bei der Arbeiterfrau ermittelt wor-
den. — Von einer großen Menge Faschinen, welche ein hiesiger Bött-
chermeister am Warthe-Blockhaus hatte aufahren lassen, ist durch eine
Arbeiterfrau allmählig, Tag für Tag, eine nicht unbedeutende Anzahl
entwendet worden. — Aus der Wohnung eines Fuhrmanns auf der
Gr. Gerberstraße ist dem Schwager desselben durch gewaltsames Ab-
reißen des Vorlegeschlosses an der verschlossenen Stubenthür ein An-
zug, bestehend aus Rock, Hose und Weste im Werthe von 13 Thlr.
gestohlen worden. — Einem hiesigen Stellmachermeister ist durch einen
Diebsteigefallen eine Hobelbank im Werthe von 12 Thlr., welche er
demselben geliehen hatte, unterschlagen worden; der Diebstahlsfall ist
seit dem 24. d. M. spurlos verschwunden.

r. Der Posener Kreditverein, eingetragene Genossenschaft, hat
nach seiner definitiven Konstituierung, welche Ende Mai d. J. erfolgt
war, seinen eigentlichen Geschäftsbetrieb am 9. Juni d. J. begonnen.
Um für's Erste keine große Geschäftsauslasten zu haben, ist Seitens
des Vorstandes mit den Liquidatoren des Vorstuf-Vereins, ein Gen.

i. Bg., eine Abmachung dahin getroffen worden, daß die Bearbeitung und Ausführung der Geschäfte des Kreditvereins bis zur Beendigung der Liquidation in dem Lokale des alten Vereins stattfinden, wofür der neue Verein nur einen kleinen Theil der allgemeinen Kosten des alten Vereins zu zahlen hat, was für den Ersteren eine wesentliche Erparnis ist. Zu den 46 Mitgliedern, welche den Gesellschaftsvertrag am 28. April c. unterzeichneten, sind hinzugekommen 60, so daß sich die Gesamtzahl der Mitglieder jetzt bereits auf 106 Personen beläuft, darunter eine große Zahl recht angesehener Mitbürger; außerdem geben täglich neue Meldungen ein. Von diesen 106 Mitgliedern sind bis jetzt ca. 2500 Thlr. Einlagen zur Kasse abgeführt. Mit diesen, den vom Vorstande erlegten Kauttionen und den reichlich zugeflossenen Depositionen und Sparfängeldern, ist in der kurzen Zeit des Bestehens ein Kassenumfang von über 25,000 Thlr. erzielt worden.

Der Posener Creditverein ist dem allgemeinen deutschen Genossenschafts-Verbande als Mitglied beigetreten und hat auch sonst schon mit anderen auswärtigen Voransch.-Vereinen nützliche geschäftliche Verbindungen angeknüpft. Die eingehenden Belehnungs-Anträge werden seitens des Vorstandes schnell und auf das Prompteste erledigt und ist der Verein, durch eigene Mittel gestärkt, bis jetzt noch nicht in der Lage gewesen, Bank Credit in Anspruch nehmen zu müssen. Angesichts dieser Aussichten kann man dem neuen Verein eine recht geistliche Fortentwicklung prognostizieren.

r. Die Briefe nach Amerika, welche in Deutschland aufgegeben worden sind und wegen mangelhafter Adresse oder aus sonstigen Gründen von dort nicht als unbeselbar nach Deutschland zurückgeschickt werden, gelangen zunächst nach Köln und werden von dort an die einzelnen Oberpostdirektionen zur weiteren Ermittelung der Adressanten verandt. Auf diese Weise gelangt auch an die hiesige Oberpostdirektion öfters eine sehr bedeutende Anzahl von Briefen, welche nach dem Poststempel von Bewohnern der Provinz Posen aufgegeben worden sind, aber als unbeselbar wieder von Amerika zurückkehren. Häufig genug gelingt es nicht, den Absender zu ermitteln, indem Personen aus den unbeselbten Volksschichten, statt ihren Namen zu unterzeichnen, sich damit begnügen, sich als Bruder, Vater u. zu bezeichnen, so daß zur Ermittlung des Absenders oft jeder Anhalt fehlt. Durch den langen Transport von Europa nach Amerika und zurück kommen hier übrigens die Briefe oft in einem jämmerlichen Zustande an, indem die Couverts an vielen Stellen zerrissen, besonders an den Bruchstellen, so daß schon in Köln es nöthig wird, derartig lädierte Couverts nöthigfalls zusammen zu fleben, um den Brief vor dem vollständigen Untergange zu bewahren. Ein Jeder, der demnach nach Amerika Briefe zu senden hat, wird wohl daran thun, einerseits die Adresse möglichst genau und richtig anzugeben, andererseits aber auch Couverts von recht dauerhaftem Papier anzuwenden.

— Ueber das Betragen der polnischen Erdarbeiter in der Nähe Berlins sind die Berliner Journale voll Entrüstung. So schreibt der „Bri.-Cour.“: „Die Vertheilung der sich in neuerer Zeit durch ihre Ernte auszeichnenden polnischen Erdarbeiter überliegt wirklich alle menschlichen Begriffe; der nachstehend wie eine Fabel klingende, aber doch vollständig wahre Akt legt davon Zeugnis ab. In Nummernburg sind einige dreizehn polnische Erdarbeiter in Arbeit, sie lagern auf Heuböden, in Schuppen, Ställen und zum Theil auch im Freien. Trotz ihres nicht geringen Verdienstes leben diese Leute in kaum glaublicher Dürftigkeit, das warme Essen ist bei ihnen verpönt, sie erhalten sich lediglich von Kornsuppen, trockenem Brod, Häring und sauren Gurken mit recht viel Sauce. Vor acht Tagen kochte ein dortiger Hausbesitzer ein Schwein, welches erst drei Tage im Stalle liegen blieb, da der Besitzer sich für die Fortschaffung keine Kosten machen wollte, und alsdann in den rummelburschen See mit umhängtem Stein versenkt wurde. Nach vier Tagen kam das halb verwesene Thier wieder zum Vorschein, die polnischen Arbeiter nahmen es als gute Beute in Beschlag, leberten es ab und vertheilten es unter sich, aber nicht ohne daß vorher wegen der Antheile an dem Kadaver heftige Sträube ausgefochten wurden. Die Meisten verkehrten das Fleisch roh mit Salz und Bollen, die Uebrigen kochten es; das Unverdauliche ist aber, daß keiner von ihnen an dem Genuße erkrankte.“ (?)

Δ Kreis Vomst, 27. Juli. [Witterung und Ernte. Arboitermangel. Viehkrankheit.] Kaum daß es am Freitag und Sonnabend vor. Woche ein wenig geregnet hat, so ist auch gestern und heute schon wieder die alte trockene Witterung eingetreten. Die Hoffnungen der Landwirthe, daß ein kräftiger, durchdringender Regen die Kartoffeln und Getreide zu besserem Wachsthum fähig werde, scheint also nicht in Erfüllung gehen zu sollen. Die Erntearbeiten schreiten indes rüstig fort und nachdem der Regen und größtentheils auch die Erben bereits heringebracht sind, kommen die übrigen Sommerfrüchte, Flachs, Safer u., die auf hohen Feldern bei der Hitze und Trockenheit schnell reif geworden, aber auch meist sehr kurz geblieben sind, an die Reihe. Nur in den Niederungen steht man langen Flachs und Hafer. Dort stehen auch die Kartoffeln noch frisch und werden demnach die Besitzer von Niederungen diesmal eine bessere Ernte machen als die Besitzer von hohen Feldern. Mit dem Abmähen der einschrigen Wiesen wird ebenfalls begonnen, doch werden dieselben kaum die Hälfte davon von hohen Feldern. Mit dem Abmähen der einschrigen Wiesen wird ebenfalls begonnen, doch werden dieselben kaum die Hälfte davon von hohen Feldern. Mit dem Abmähen der einschrigen Wiesen wird ebenfalls begonnen, doch werden dieselben kaum die Hälfte davon von hohen Feldern.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berlin, 27. Juli. Bei der in den letzten Tagen im Reichseisenbahnrathe abgehaltenen Konferenz der Delegirten des Handelsstandes über die Tarifreform-Frage wurde seitens der Delegirten zunächst die (übrigens ziemlich unfruchtbare) Erklärung abgegeben, daß sie sich nicht als Vertreter des deutschen Handelsstandes in dieser Frage betheiligen könnten. Nichtsdestoweniger schritt man zur Besprechung der zur Diskussion gestellten Angelegenheiten und ist hierüber folgendes zu berichten: Durch die Erklärungen der Vertreter des Reichseisenbahnrathe wurde konstatiert, daß die für den Transport so bedeutungsvollen Differential Tarife wie fallenden Skalen oder Tariffestaffeln für weitere Entfernungen der Regelung durch das neue Eisenbahngesetz vorbehalten bleiben. Ueber einen ferneren Grundfah gelangten die Delegirten durch die Seiten des Reichseisenbahnrathe abgegebenen Erklärungen mindestens zu der mündlichen Klarheit. Man glaubte, daß kein Artikel im mehr als 20 pCt. gegen den jetzigen Frachtsatz erhöht werden dürfe, und daß eine von der Durchführung der Reform sowie von dem Zusammenlegen verschiedener Artikel in eine Klasse bedingte Abminderung sich nur unter der 20prozentigen Grenze zu bewegen habe. Diese Auffassung hat sich als irrig erwiesen. Nach den Ausführungen des Präsidenten Scheele soll in den 20 pCt. zwar eine Grenze für die Gesamtterhöhung gegeben sein; in Bezug auf die einzelnen Artikel und deren Frachterhöhung sollen die 20 pCt. aber nur als Durchschnittssatz gelten. Dieser Durchschnittssatz hat aber die Konsequenz, daß für einzelne Artikel bedeutend höhere Zuschläge festgesetzt werden können. Bezüglich des sehr hohen Gütes wurde eine dahin lautende Deklaration gemacht, daß der Grundfah, nach welchem alles Gut, welches per Kubikmeter nicht ein Gewicht von 3 Zentner habe, als sperrig zu betrachten sei. Die Nothwendigkeit, ein bestimmtes Verhältnis zwischen dem kubischen Raume und der Bodenfläche nach Du-Metern einerseits und der Tragfähigkeit der Güterwagen andererseits festzustellen, wurde von der Versammlung anerkannt, auch von dem Reichseisenbahnrathe nachgegeben, daß das Ab- und Aufladen von Gegenständen bis zu 1000 Kilo Gewicht seitens der Bahnverwaltung zu besorgen sei. Das Auf- und Abladen von Wagenladungen soll nur auf Antrag der Bethe-

ligten seitens der Bahnverwaltung besorgt werden können, insofern die Aufsichtsbehörde nichts Anderes bestimmt. Am zweiten Tag der Konferenz wurden zunächst die Gutachten der Delegirten über die Gruppierung der Waaren und Artikel in die Spezialtarife gehört und es reichten sich die Beschlüsse, welche gefaßt wurden, im Wesentlichen den Vorschlägen an, welche die General-Konferenz der Deutschen Eisenbahnverwaltung zu Hamburg am 7. und 8. Juli aufgestellt hat. Bei den vom Reichseisenbahnrathe ausgehenden Vorschlägen für die Einreihung der Waaren und Artikel in die Spezialtarife von der Eisenindustrie, ganz besonders aber den Massenprodukten derselben gegen die bestehenden Verhältnisse eine überaus ungünstige Stellung angewiesen und gehörte es zu den hauptsächlichsten Aufgaben des rheinisch-westfälischen Delegirten, die Eisen-Industrie durch Erlangung günstiger Bedingungen vor Schädigung zu schützen. Der Delegirte gab sich mit vollem Eifer dieser Aufgabe hin, es konnte ihm jedoch nicht gelingen, das in vollem Umfange zu erreichen, was er sich als Ziel gestellt hatte. Die bekannten Vorschläge der hamburgischen Konferenz der Eisenbahnverwaltungen haben wesentliche Änderungen nur in folgenden Punkten erfahren: Bei Schienen, Walzisen u. f. m., welche von dem Reichseisenbahnrathe in Spezialtarif I. gesetzt waren, wurde die Verfertigung in Spezialtarif III. beantragt, ein Antrag, der jedoch nicht angenommen wurde. Den Bemühungen der rheinisch-westfälischen Delegirten gelang es nun aber, diesen Artikel allein mit Getreide-Müllensfabrikaten in einen neuen eingeschobenen Spezialtarif II. zu bringen; derselbe lautet demnach: Eisen, gewalzt, in Stäben, Bündeln, so wie Facenisen und Stahl, Eisenbahnschienen, Flach-, Flügels- und Grubenschienen, neue, sowie Schienenbefestigungs-Gegenstände. Getreide aller Art u. f. m., Hülsenfrüchte aller Art u. f. m., Mehl und Mühlensfabrikate. Da Getreide von jeder Tarifierhöhung ausgeschlossen ist, so wird man mit Leichtigkeit erkennen können, welcher Frachtsatz in Zukunft von den vorbezeichneten Eisenprodukten getragen werden muß. Die Gruppe „Eisen und Stahl, roh und all. Eisenluppen in Massen, Broden und Prismen, Gängen, Platten, Bruchstücke, alte Eisenbahnschienen, Eisen- und Stahlabfälle, Eisendrehspähne, Eisenspäne, Eisenhammerschlag und alte Grubenschienen“ war von dem Reichseisenbahnrathe sowie von der hamburgischen Konferenz in den Spezialtarif III. verwiesen. Da der Antrag des Rheinisch-Westfälischen Delegirten, diese Gruppe von Artikeln nach Spezialtarif IV zu versetzen, mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt wurde, so richtete er, und zwar mit Erfolg, sein Bestreben darauf, jene Artikel möglichst allein in einen Tarif zu bringen, um dadurch den Bahnen die Möglichkeit zu verschaffen, einen möglichst niedrigen Frachtsatz zu normieren, ohne gezwungen zu sein, die gleiche Beaufsichtigung gleichzeitig einer größeren Anzahl anderer Artikel zu gewähren. Der betreffende Spezialtarif, welcher nach Einschlebung des vorerwähnten neuen Tarifes II die Nummer IV erhält, umfaßt demnach die Gruppe: Eisen und Stahl, roh und alt u. f. m., dann: Steine, Chamotte und feuerfeste Steine“ und „Eserben von Glas, Porzellan und Steingut“. Dem Spezialtarif I sind hinzugefügt: Hobelholz, Reis, Chloralkali, Flachs, Jute, Hanf, rohe Baumwolle, Soda, Stärke aller Art, Dachpappen und Dachziegel. Dem Spezialtarif III sollen hinzutreten: Feld-, Fluß-, Schwers- und Kalkspath, roh und gemahlen, den Abfällen sind Spinnabfälle zugefügt, Thonröhren, gebrannter Kalk und Cement, Kreide roh und geschlemmt, Talkstein und Talkerde und Magnesit. Dem minnebrigen Spezialtarif V. sind noch hinzugefügt: Knochensäge, Erde u. f. m. (mit Ausnahme der Farberdeneren), Grubenholz von drei Meter Länge, Heede und Heedeabfälle, Lehtuchen, Steine u. f. m., Basaltmatten, Sägemehl und Zinkbroden. Von prinzipieller Bedeutung ist noch der Umstand, daß das Reichseisenbahnrathe, trotz der entgegengeetzten Ansicht der Eisenbahn-Verwaltungen, an dem Grundsatz festhält, daß bei der Bildung direkter Tarife eine Einrechnung der Expeditionsgelder für die Ueber-gangskationen mit gestattet werden darf. Von einem Mitgliede der Kommission wurde der Antrag gestellt, daß die Bahnen verpflichtet werden sollen, für einzelne Werke oder Speditionen ganze, geschlossene Rüge zu besonderen Sätzen zu stellen. Dieser Antrag wurde von dem Präsidenten des Reichseisenbahnrathe mit Rücksicht auf den Umstand zurückgewiesen, daß derselbe nur kraft eines neuen Gesetzes Geltung erlangen könne.

** Zur Einführung der Reichswährung. Die zum nächsten Neujahr bevorstehende Einführung der Reichswährung in Preußen wird nicht nur auf die Notierung der Börsencourse von maßgebendem Einfluß sein, sondern auch auf die Art und Weise der Abrechnung, und andere derselben zu Grunde liegenden Usancen, selbst auf die für den Kassenvorkehr praktisch werthvolle Feststellung des abgelaufenen Marktwertes u. f. m. Deshalb dürfte auch wohl schon in naher Zeit eine Vereinbarung unter den Handelsständen getroffen und so eine mögliche Uebereinstimmung herbeigeführt werden. Auch werden für diejenigen Effekten, welche nach Prozenten und für die, welche jetzt nach Thalern u. notirt werden, eigene Aufstellungen zu machen sein. Bei diesem Anlasse sei bemerkt, daß sich, freilich ohne gefragt worden zu sein, verschiedene Handelskammern gegen eine vorzeitige Einführung der Reichswährung in Preußen erklärt hatten und lieber die reichsgesetzlich festgesetzte Frist (1. Januar 1876) innegehalten gesehen hätten. (Bör.-Cour.)

** Verkehr auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn nach und von Berlin. In welchem bedeutenden Umfange der Personenverkehr auf den Eisenbahnen von und nach Berlin von Jahr zu Jahr sich gesteigert hat, geht beifolgende Tabelle aus der Frequenz der Station Berlin der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn hervor. Während im Jahre 1853 nach, beziehungsweise von Berlin nur 114,943 beziehungsweise 116,977, zusammen 231,911 Personen befördert wurden, stiegen diese Zahlen im Jahre 1860 bereits auf 273,826 beziehungsweise 330,119, zusammen 603,945, im Jahre 1865 auf 434,361 beziehungsweise 415,858 zusammen 850,219. In Folge der am 1. Oktober 1867 stattgefundenen Eröffnung des Betriebes auf der Strecke der Ostbahn von Berlin bis Rastin verminderte sich zwar die Frequenz der Niederschlesisch-Märkischen Station Berlin im Jahre 1868 auf 304,447 beziehungsweise 301,100 (605,547) Personen, stieg aber schon im Jahre 1872 auf 581,624 beziehungsweise 606,360 (1,187,984) und im Jahre 1873 auf 736,718 beziehungsweise 741,838 (1,478,556) Personen.

** Eidgenössische Bank. Die Bank berechnet ihren Gewinn pro 1. Semester 1874 auf 654,549 Fr., wovon 138,859 Fr. für Verwaltungskosten abzunehmen sind, so daß 515,690 Fr. netto restiren. Im ersten Semester 1873 hat sich der Netto-Ertrag nur auf 423,965 Fr. belaufen.

** Rybinsk-Bologoye-Eisenbahn. Die Einnahmen im Monat Juni c. betrugen für Passagiere 41,86 Ko., für Bagage und Eilgut 3219 Ko., für Frachtagut 409,903 Ko. und an Extraordinarien 58,446 Ko., zusammen 513,486 Ko. oder 87,637 Ko. mehr, im ersten Semester c. 1,770,467 Ko. oder 676,323 Ko. mehr als in demselben Zeitraum 1873.

** Glasgow, 27. Juli. Robeisen. Mixed numbers warrants 88 Sch. 6 D.

** New-York, 28. Juli. Präsident Grant hat dem Vertrage mit den Bankhäusern Rothschild und Seligmann wegen Begabung des Reiches der konsolidirten 5prozentigen Anleihe seine Genehmigung erteilt.

Ver mis ch tes.

* Riffingen, 25. Juli. Unter den zahllosen Glückwunsch-Adressen, welche dem Fürsten Bismarck die letzten Tage gebracht haben, befindet sich eine ganz besondere in Gestalt einer sehr schönen Leonberger Hunde. Derselben hat ihm, der „R.“ zufolge, der bekannte Richter dieser Gattung Hunde, Defonom Essig zu Leonberg, verehrt. Der Reichskämmerer soll an diesen Thieren große Freude haben und sie öfters auf sein Zimmer bringen lassen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Angekommene Fremde vom 29. Juli.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rittergutsbesitzer v. Groma-dynski a. Gafawa, Reg.-Rath Schulze a. Kreutzburg, Rittergutsbesitzer Joanne u. Gattin a. Malin, Baumeister Meier u. Frau a. Kowno, Bahor Schaad u. Frau a. Curland, die Kaufleute Hannes u. Rahna a. Breslau, Erd. Vogt, Jacobsohn, Röper u. Schlesinger aus Berlin, Kaiser a. Thorn, Fräulein Puppe a. Gnesen, Uhrmacher Reisch aus Dresden.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufl. Tripelburg aus Paris, Reiter a. Aachen, Burghardt a. Oberlangenbühl, Schneider a. Berlin, Fuch a. Stuttgart, Feldmann a. Saalfeld a. S., Ulrich a. Sorau, Müller a. Paris, Gottlieb a. Berlin, Fischer a. Wittenberg, Grubler a. Ulm, Boeneler a. Hannover, Hauptm. Forstetter u. Familie a. Mühlhausen, die Kaufl. Simonsfeld a. Bamberg, Schmidt a. Schmalkalden, Fesser a. Plauen, Staud a. Königsberg, Rittergutsbes. v. Barciowski a. Rußland, Gen.-Major Diterich, Hauptm. Jacke u. Kaufm. Simon a. Berlin.

HOTEL DE BERLIN. Gutsbesitzer Großmann II. aus Breslau, Hotelbesitzer Sutalski aus Garmisch, Rechtsanwalt v. Biecki aus Scharium, Pfarrer Jordan aus Königsberg, Kaufmann Wolff aus Schulz, Fabrikant Kennel a. Neustadt a. W., Bürgerin Rositowska a. Xiaz.

TILSNFR'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Scholz, Spille, von Kuczkowski a. Berlin, Joachim a. Leipzig, Welger a. Frankfurt, Frau Kryszewski und Tochter aus Inowracław, Fr. v. Kuczkowski a. Berlin.

STERN'S HOTEL DE EUROPE. Bauunternehmer Krause a. Wreschen, Rittergutsbesitzer Graf Kwiecki a. Kobylnik, die Kaufleute Lehmann a. Pforzheim, Böhme a. Berlin, Knothe a. Hamburg, Frau Lewy a. Warschau.

SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Biermann aus Breslau, Rosenthal a. Obornik, Pferdehändler Schlesinger a. Zielen-zia, Reiter Gennowski a. Rußland, Inspektor Schulz, Reiter Doukri a. Dresden, Einjährig-Freiwilliger Basse a. Glogau Besitzer Felafes a. Rogasen.

KEILERS HOTEL. Gutsbesitz. Nabowski u. Frau a. Bupilem, Rabbiner Wasserilling a. Jaraciewo, Feldmesser Tischerich a. Wal-denburg, die Kaufleute Lewin u. Kochmann a. Berlin, Sander, Ron-schki u. Joel a. Konin, Laeki a. Birsien, Frau Voske aus Ketschewo, Gliemann u. Sohn a. Thorn, Neumark a. Bloch, Lewin u. Abraham a. Piane, Ehrensah a. Galizien, Frau Engelmann a. Neustadt a. W., Frau Kay a. Gnesen, Guttman a. Beuthen D. Schl.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 28. Juli. In den Abtheilungsitzungen sprach das Ministerium den Wunsch aus, die Nationalversammlung möge sich nicht über das Novemberende hinaus vertagen. Die Kommission zur Vorberathung der Vertagungsfrage beschließt die Wiedereinberufung der Nationalversammlung auf den 30. November zu beantragen.

Die Nationalversammlung beendete die Diskussion über die Budget für das Kriegeministerium und genehmigte den Gesetzentwurf über die Entschädigungen für die im Interesse der nationalen Vertheidigung vorgenommenen Verbrüngen. Am Donnerstag findet die Berathung des Gesetzentwurfs über die Vertagung der Session der Generalräthe statt.

London, 28. Juli. [Unterhaus.] Auf eine bezügliche Interpellation Simons erklärte Disraeli: Die Regierung habe die befriedigendsten Zusicherungen von mehreren Mächten, denen sie ein Birkular betreffs der brüsseler Konferenz zugesandt, erhalten und glaube darnach, sich der Bescheidung der Konferenz durch einen Bevollmächtigten nicht entziehen zu können. Derselbe habe die dem Parlament mitgetheilten Instruktionen erhalten. Der Generalpostmeister theilte mit, es seien Verhandlungen mit Italien über eine Briefportoverabreichung im Gange, welche voraussichtlich bald eine beträchtliche Portoreduktion herbeiführen würden. Bourde theilte mit, die Regierung habe keine offizielle Kenntniss, daß die deutsche Regierung definitiv beschlossen habe, ein Geschwader in den spanischen Gewässern kreuzen zu lassen. Man habe aber Grund anzunehmen, die deutsche Regierung berathe über die Opportunität einer solchen Maßregel, welche, wie England voraussetze, beabsichtige, die deutschen Landesangehörigen zu schützen.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 28. Juli, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Juli 26½, pr. August-September 26, per September-Oktober 23½. Weizen pr. Juli 85, Roggen pr. Juli 54, pr. September-Oktober 53½, pr. Oktober-November 53. Rüböl pr. Juli 18½, pr. September-Oktober 18½, Oktober-November 18½. — Wetter: —

Bremen, 28. Juli. Petroleum schwach, Standard white loco 100 Mark 70 Pf. h.

Hamburg, 28. Juli, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen und Roggen loco still, beide auf Termine fest. Weizen 12½ pfd. pr. Juli 1000 Kilo netto 237 B., 235 G., pr. Juli-Aug. 1000 Kilo netto 232 B., 231 G., pr. Aug.-Sept. 1000 Kilo netto 230 B., 229 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 224 B., 223 G., pr. Oktober-November 1000 Kilo netto 222 B., 221 G., pr. Juli 1000 Kilo netto 186 B., 185 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 175 B., 174 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 171 B., 170 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 168 B., 167 G., pr. Oktober-Nov. 1000 Kilo netto 166 B., 165 G. Safer fest. Gerste still. Rüböl still, loco 56½, pr. Oktober 200 pfd. 56. Spiritus still, pr. Juli-August 56, pr. August-September 57, pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 pCt. 57½. Kaffee fest. Umfag 2000 Sac. Petroleum behauptet, Standard white loco 10, 00 B., 9 90 G., pr. Juli 9, 80 G., pr. August-Dezember 10, 60 G. — Wetter: Schön.

Wien, 28. Juli, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter, bedekt. — Weizen höher, hiesiger loco 8, 15, fremder loco 7, 20, pr. Juli 7, 10, pr. November 7, 2½, pr. März 7, 1½. Roggen besser, fremder loco 6, 15, pr. Juli 5, 15½, pr. November 5, 6½, pr. März 5, 7½. Rüböl besser, loco 10½, pr. Oktober 10½, pr. Mai 10½. Leinöl loco 11½.

Amsterdam, 28. Juli, Nachmittags — 1 Uhr — Minuten. (Getreide-Markt.) Schlussbericht. Weizen pr. November 301. Roggen per Juli 200½, pr. Oktober 190½, pr. März 191½.

Antwerpen, 28. Juli, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreide-Markt.) Schlussbericht. Weizen unverändert, dänischer —. — Roggen matt, Petersburg —, Oessa 18½. Safer unverändert. Gerste behauptet, Donau 23½.

Petroleum-Markt (Schlussbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 25½ B. und B., pr. Juli 25½ B., 25½ Br., pr. August 26½ Br., pr. September 27½ B. u. Br., pr. September-Dezember 28 Br. Rüböl. Liverpool, 28. Juli, Nachmittags. Baumwolle (Schlussbericht): Umfag 12,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Fest, schwinde eher gefragt zu vollen Preisen.

Middling Orleans 8½, middling ameritan. 8½, fair Whollera 5½, middling fair Whollera 4½, good middling Whollera 4½, middling Whollera 4½, fair Bengal 4½, fair Broad 5½, New fair Domra 5½, good fair Domra 5½, fair Diadra 5, fair Bernam 8½, fair Smyrna 6½, fair Egyptian 8.

Upland nicht unter good ordinary Juli-Lieferung 8½ d.

Druck und Verlag von F. Decker u. Comp. (F. Köstel) in Bosenz